

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 21 RM., durch Boten bezogen monatlich 23 RM., bei Postbezug monatlich 24 RM. frei Haus. Einzelheft werktäglich nachmittags. Einzelnummer 1.50 RM. Postzeitung: Amt Bezugs Nr. 18 654. Geschäftsstelle: Dillstr. 4. Für besondere Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erschließungsbereich: Weerburg.

(Scheissblatt)
Unparteiische

Anzeigenpreis Der dreispaltige Millimeter Bauraum 1 RM. und der zweispaltige Millimeter Bauraum 1 RM. Meins Anzeigen bei deren Aufnahme mit 6.00 RM. in Zahlung 8 RM. Die laufende Monatsrechnung wird vom Beisitzer am 2ten des Monats bezogen. 75 Hg. Porto befreit. An dem 15ten des Monats vormittags 11 Uhr. Fernsprecher Nr. 100. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Kreis Merseburg

Herausgeber Ludwig Volk,

Nr. 148.

Dienstag, den 27. Juni 1922.

162. Jahrgang.

Die Nachforschungen nach den Mördern.

Merke! Verminungen und Geräte

Nach kein Beweis für Täterschaft und Beihilfe.

Berlin, 27. Juni. Der Chef der Berliner politischen Polizei, Obergrenzungsdirektor Dr. Weiß erklärte, daß die Nachforschungen nach den Mördern Rathenau bis in die kleinsten Einzelheiten organisiert sei. Am Laufe des Monats seien in Berlin mehrere wichtige Verhaftungen erfolgt, die zur Erklärung des Attentats führen könnten. Einer der Haupttäter ist die Durchsicht der zahllosen Wohnhöfe, die Dr. Rathenau besonders in den letzten Wochen erhalten hatte. In diesen Briefen ist durchsichtig von Attentatsplänen auf Rathenau die Rede. Die Verhaftung dieser Schriftstücke zu ermitteln, nehme außerordentlich viel Zeit in Anspruch und gestalte sich zum Teil sehr schwierig. Die Dr. Weiß erklärte, haben in Berlin bei politischen Organisationen, insbesondere bei antisemitischen Verbindungen, Durchsuchungen stattgefunden. Zu den Büros des Verbandes national gesinnter Soldaten sei außerordentlich wichtiges Material beschlagnahmt worden. Auch bei einer Durchsichtigung in den Räumen der Evangelischen Volkshaus in Hannover bei Berlin ist eine Anzahl Briefe beschlagnahmt worden. Der Student R. u. N. K. B. B., der im Reichstag dem Abgeordneten Helfferich ein Vorbeurteil mit schwarz-weißer Schleiße überreichen wollte, ist nach seiner Verhaftung wieder befreit worden, da sich behauptete Material über Helfferichs Verbrechen ermittelte. Auch ist u. a. eine Intimität mit Hauptbestrafter gefunden. Das ist in juristischen Teil der Verhaftung Karl Tillefens bemerkt Dr. Weiß, daß sich verschiedene Zeugen gemeldet hätten, die Tillefens am Vorhabe in Berlin gesehen haben wollen. Es ist weiter festgestellt worden, daß die Täter zur Ausführung des Mordes ein Auto der Firma Opel benutzt haben.

Wie der „U. A.“ noch mitzuteilen weiß, seien bei der Durchsicht der Briefe zugegangenen umfangreichen Materials wertvolle Hinweise gefunden worden, die

vermutlich auf die Spur der Mörder

hören. Obergrenzungsdirektor Dr. Weiß hat sich mit zahlreichen Polizeibeamten in mehreren Autos gefahren in später Abendstunden aus dem Polizeipräsidium entfernt, um diesen Spuren nachzugehen. Diese haben auf die wohlbekannteste Straße, die Hindenburgstraße hinwies. Wie der „U. A.“ weiter meldet, hat gefahren aus im Büro des Landesverbandes Berlin der deutschen Volkspartei eine Durchsichtigung stattgefunden. Weiter wurden Hausdurchsichtigungen bei dem Landeshauptmannsamt der Reichsautoren Volkspartei, bei dem deutschen Konsulat in Breda und bei dem Jugendamt im Hismarkt vorgenommen. Mitgliederlisten und andere Briefschaften sind vorläufig beschlagnahmt worden.

In den Meldungen über die Morbidität war ein rotbraunes Auto erwähnt worden, das in späterer Zeit nach Verdichtung der Tat an der Morbidität vorübergefahren war. Die Bemerkung, daß der Wagen die Aufschrift hatte, das Auto der Mörder zu denen, hat sich nicht bestätigt. Es hat sich herausgestellt, daß der Wagen einem Berliner Handwerker gehört und daß sich in ihm der Schwefel des Embrodern mit ihrem Manne und mit zwei anderen Herren befand. Die Insassen waren ohne Ahnung von dem Verbrechen an der Morbidität vorbeigefahren.

Ein Protest der Deutschen Volkspartei.

Der Vorstand der Deutschen Volkspartei erklärt eine Kundgebung an die Parteimitglieder, in der die Schaffung eines Beschlusses wird, daß die Partei für den Mord verantwortlich ist. In der Erklärung heißt es: Mit Verbrechen und Mordtaten hat die deutsche Volkspartei nicht gemeint. Die Kundgebung verlangt von der Regierung, daß sie die deutsche Volkspartei und die in ihr berechtigten deutschen Bürger und Wählergruppen gegen Verleumdung und hasserfüllte Verleumdungen in Schutz nimmt. In die Freunde der Partei im Lande richtet der Parteivorstand die Aufforderung, völlige Ruhe zu bewahren.

Bewertung des Ausnahmestandes?

Verfassungsänderung — Reichstagsauflösung?

Der Entwurf des Gesetzes zum Schutze der Republik der die vorläufigen Verordnungen des Reichspräsidenten abklären soll, ist bereits leitend der zuständigen Ministerien fertiggestellt. Er müßte am Montag nachmittags um 6 Uhr dem Kabinett zur Beratung vorgelegt. Ferner ist für die Annahme des Gesetzesbedarf eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag notwendig, da er Veränderungen der Verfassungen vorschlägt. Wie eine Nachrichtentele meldet, ist die Reichsregierung seit entstehen, falls diese Zweidrittelmehrheit im Reichstag nicht zustande kommt, zur Auflösung des Parlaments zu schreiben.

München, 27. Juni. Die Verfassungsaktion der Bayer. Volkspartei hat im Reichstag eine Intervention eingeleitet, in der zu der vom Reichspräsidenten erlassenen Verordnung zum Schutze der Republik (vom 24. 7. 1921) Stellung genommen wird und in der die stärksten Bedenken gegen dieselbe in die Redebeiträge der einzelnen Länder ersprechenden Bestimmungen geltend gemacht werden

Gesetzes Stellung erschüttert.

Die sachliche Regierung fordert Disziplinierung.

In parlamentarischen Kreisen gilt allgemein die Position des Reichspräsidenten Dr. Goßler durch die letzten politischen Ereignisse als schwer erschüttert. Da Reichspräsident Goßler, wie die Dema meldet, außerdem im Augenblick sich in einem Gesundheitszustand befindet, der die Wahrnehmung seines Amtes sehr erschwert, so muß mit seinem baldigen Rücktritt gerechnet werden. Die Schwierigkeiten liegen letztlich in der Wahl des Nachfolgers. Die unabhängige sachliche Volkszeitung meldet, daß die sachliche Regierung von der Reichsregierung der Unterstützung des Reichspräsidenten Dr. Goßler gefordert habe, da die Staatskanzlei eine Auskunft ablehnt, kann die Mitteilung als zutreffend angesehen werden.

Die heutigen Verlesungen der Reichsregierung.

Der Reichspräsident hält die Totenrede.
Berlin, 27. Juni. Die Trauerfeier für Dr. Rathenau wird nicht, wie es ursprünglich geplant war, in der Wandelhalle des Reichstags, sondern im Plenarsaal abgehalten werden. Der Antrag wird auf der Straße des Reichstags aufgehoben. Am Montag nachmittag wurde unmittelbar nach Schluß der Plenarsitzung begonnen, den Saal mit schwarzem Tuch auszufüllen und grüne Matten auszurollen. Nach den letzten Dispositionen wird nicht der Reichsminister Dr. Brüch, sondern Reichspräsident Ebert namens der Regierung die Gedächtnisrede für Rathenau halten. Nach dem Reichspräsidenten wird für die Reichstagspräsidentin Frau Dr. Well und für die demografische Fraktion, der Dr. Rathenau angehört, der Abg. Barere Koppel sprechen. Der Satz wird nach der Trauerfeier durch den Wandelgang an der linken Seite des Sitzungssaales hindurch nach der Hauptallee und von dort durch das Hauptportal auf die große Freitreppe getragen werden, wo die Leichenwagen warten wird. Eine Kompanie der Reichswehr wird vor dem Saale aufmarschieren. Der Trauerzug beginnt im Saal über den Abgang zum Saal des Reichstags. Damit endet die Trauerfeier. Der Satz wird von dort ab nur von den englischen Familienangehörigen des Toten nach Oberhörsnabe gebracht, wo die Beisetzung erfolgen wird.

Kostspielige Bilderflimmerei.

Berlin, 27. Juni. Der Ausschuss für die Aufschmäkung des Reichstages hielt am Montag vormittag eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stand als wichtigster Punkt die Entfernung von Subjektivismus der früheren Staatsform aus dem Reichstagsgebäude. Von mehrheitsfähig-demokratischen und unabhängiger Seite wurde mit größtem Nachdruck die Entfernung des Marmoraltbildes Kaiser Wilhelm I. aus der Wandelhalle des Reichstages gefordert. Gegenüber wurde die unter Hinweis auf die erregte Stimmung der Waisen, deren für die Ermordung Rathenaus unbedingt eine politisch-historische Benutzung gegeben werden müsse. Demgegenüber wies der Abg. Vabrenz (Dn.) darauf hin, daß die Entfernung des Bildes weitestgehend der Nation aufs Schärfste verlegt und somit nicht zur Verhütung, sondern zur Verschärfung der Gegensätze im Volk führen würde.

Der Ausschuss, in dem jede Fraktion nur durch ein Mitglied vertreten ist, beschloß angesichts der technischen Unmöglichkeit der sofortigen Entfernung, gegen die Stimme des Abg. Vabrenz, das Standbild für die Trauerfeiern zu Ehren Rathenaus an einer Wandfläche mit Trauerlaggen zu verfahren und es später dann endgültig zu beseitigen. Für die weitere Verwendung wurde eine Entscheidung nicht getroffen. Mitgeteilt wurde noch, daß die Beseitigung der Kaisertröten auf den großen Säulenköpfen des Reichstages, die demnächst vorgenommen werden dürfte, Kosten in Höhe von 22 500 Mark verursachen würde. Eine Kommission von Sachverständigen soll ferner prüfen, welche Subjektivismen der alten Zeit demnächst der Beseitigung anheim fallen sollen.

Die Ruhe in den Berliner Zeitungsbetrieben.

Berlin, 27. Juni. Infolge der für den heutigen Dienstag angeordneten Trauerfeierlichkeiten und der damit in Zusammenhang stehenden Arbeitsruhe auch in den Zeitungsbetrieben erhielten die Berliner Zeitungen neuer am Dienstagabend noch am Mittwoch früh.

Die Wirkung der Kaiserrede im Ausland.

Bei Besprechung der letzten Reden des Reichspräsidenten im Reichstage wiesen französische Blätter scharf die antisanktionistischen Ausführungen zurück. Am Genauesten dazu ist der englische „Liverpool“ der Auffassung, daß die Kaiserrede keine wirkliche Bewusstseinsklärung und Vermittlung der innerpolitischen Lage Deutschlands schuld ist und eine Besserung der deutschen innerpolitischen Verhältnisse sich nur bei der gebotenen Mäßigung der französischen Politik erwarten läßt.

Die wirkliche Ursache.

Dem Reichstag ist ein Ergänzungsetat zugegangen, da der seiner Zeit aufgestellte Haushaltsplan durch die inzwischen eingetretene weitere Entwertung der Mark nicht mehr ein richtiges Bild für das Finanzgebahren für das laufende Rechnungsjahr gibt. Nach dem neuen Ergänzungsetat schließt der ordentliche Haushalt, der mit 113,5 Milliarden Mark ausgestattet ist, mit einem Plus von 18,5 Milliarden Mark. Der außerordentliche Etat schließt mit einem Plusbetrag von 3,4 Milliarden Mark, die Betriebsverwaltungen weisen einen solches von rund 20 Milliarden Mark auf. Die Ausführung des Friedensvertrages erfordert 210 Milliarden Mark, so daß sich der Anleihebedarf Deutschlands auf rund 336,9 Milliarden Mark stellt. Das ist die finanzielle Lage Deutschlands, die das Garantieminister vorfindet. Alle Sachgenner des An- und Auslandes sind sich darüber klar, daß eine Fortsetzung seiner Finanzen ohne auswärtige Hilfe unmöglich ist. Alle neuerwerblichen Maßnahmen, inneren Anleihen und die Neufestaltung der Reichsbank sind Hilfsmittel, aber keineswegs umfassende, das Sinken der Mark und die Inflation aufzuhalten. Solange die Inflation anhält, muß, ist eine gesunde Finanzverwaltung unmöglich, die Inflation läßt sich wohl abfassen in einem Lande, dessen Währung der Goldwährung schon so nachgekommen ist wie die englische, und auch da nur mit außerordentlichen harten Maßnahmen und unter Erschütterung des Wirtschaftslebens; aber nie in einem Lande, dessen Währung einer derartigen Tiefenstand erreicht hat, wie die deutsche oder gar österreichische.

Auf Grund der Ganness-Entscheidung vom 13. Januar 1922 war ein für 1922 befristetes Moratorium für die deutschen Reparationszahlungen festgelegt worden, die Deutschland alle bisher pünktlich geleistet hat. Dieses Moratorium hat den Fall der Mark nicht aufgehoben, ebensowenig ist eine Stabilisierung der Mark eingetreten. Die vorübergehende Besserung der Mark während der Tagung der Reparationskommission veranlaßte sich in einem kurz, nachdem das Inkraftkommen der internationalen Anleihe von Frankreich unmöglich gemacht war (das dann den größten Vorteil gehabt hätte), obgleich „anscheinlich Anleihen auf allen Hauptmärkten der Welt mit Erfolg flüssig gemacht werden könnten“. Das Anleihekomitee stellte auch weiterhin fest, „daß in einigen der wichtigsten Länder die Kapitalflühen in einer Anleihe an Deutschland, die nicht dazu bestimmt ist, eine endgültige Regelung des Reparationsproblems herbeizuführen, keine wirkliche Anziehungskraft finden würden.“

Damit ist zugleich gesagt, daß die Bewertung der Mark von der Beurteilung der deutschen Kreditwürdigkeit abhängt. Dieser Kredit wiederum richtet sich nach dem Zukunftsaussicht Deutschlands. Für die Zukunftsaussichten Deutschlands sind seine innerpolitischen Vorgänge, noch mehr aber seine außenpolitische Lage ausschlaggebend. Weiterhin ist die Zahlungsbilanz ein Maßstab für den Grad der Kreditwürdigkeit eines Landes. Wie traug unser Zahlungsbilanz nach dem Verlust wertvoller Wohlhoffgebiete, unserer Flotte und ausländischen Rechte und Verpflichtungen aussticht, ist allgemein bekannt; das Defizit beläuft sich nach sachverständigen Schätzungen gegenwärtig auf 2 1/2 Milliarden Goldmark. Endlich muß für unsere Kreditwürdigkeit noch das Defizit des Reichshaushaltes in Betracht gezogen werden, der Umfang der Inflation (die schwebende Schuld hatte am 31. Mai 1922 den ungeheuren Betrag von 289 246 065 000 Mark erreicht).

Den Notwend kann Deutschland nicht entstellen, solange immer Anleihe infolge unserer erschütterten Wirtschaft und Finanzverhältnisse unzuführbar sind, und solange die Deckung nicht durch neue Steuern erfolgen kann, was angesichts unserer Überlastung mit Steuern ebenfalls unmöglich ist. Aus dem neuen Haushaltsplan ist ersichtlich, daß eine Bilanzierung des Finanzzustandes nicht, wenn man annimmt, daß das Defizit aus dem außerordentlichen Etat und der Betriebsverwaltung durch innere Anleihen gedeckt wird.

Es bleiben dann die Lasten aus dem Friedensvertrag. Sie hauptsächlich verschulden den schlechtesten Stand der Mark, ihr Schwanken und die Inflation. Solange die Forderungen aus dem verfallenen Vertrag nicht auf ein vernünftiges Maß begrenzt und endgültig festgelegt werden, wird das Sinken und Schwanken der Mark nicht aufhören, ebenso wird die Inflation weiter fortgeschritten. Innerhalb hat die fallende Bilanz der deutschen Industrie eine Schweißhülle gebracht, aber bei weiterem Sinken der Mark muß einmal der Zeitpunkt eintreten, wo die Mark selbst der Welt verkauft, um nur noch die nötigsten Lebensmittel, Futtermittel und Rohstoffe einzukaufen, Innenpolitik werden fortgesetzt Lohn- und Gehaltsforderungen die Folge sein, die Staat und Wirtschaft total gerät.

Es gibt keinen anderen Weg: erst Begrenzung und Festlegung unserer äußeren Verpflichtungen; das liegt sowohl in unserem eigenen Interesse wie in dem unserer Gläubiger.

Die Getreidemenge gesichert.

Der Reichstag wird sich nunmehr am Mittwoch mit der Getreidemenge befassen. Wir erfahren von parlamentarischer Seite hier, daß keine Gefahr mehr an der Verwirklichung der Getreidemenge besteht, da infolge der innerpolitischen Umstellung, Zentrum und Demokraten für die Getreidemenge stimmen werden.

Polnischer Feuerüberfall auf Deutsch-Oberschlesien

Bothen, 27. Juni. Eine lebhafteste Schießerei feste gestern früh gegen 4 Uhr in der Richtung Kosberg und Eichen ein heftige Sandgranaatenkometen, Gewehrs-, Maschinengewehr- und Revolverbeschüsse wurden hörbar die Strenen der Gruben heuten. Wie es heißt, wurde ein Vorstoß von der polnischen Grenze her verübt. Durch einen Beschuß wurde ein Leberknoten verhindert. — Alle näheren Einzelheiten folgen noch.

Fürst Albert von Monaco I.

Paris, 27. Juni. Der Fürst von Monaco ist am Montag gestorben.

Die Landtagsfraktionen zur Ausnahmeverordnung

Berlin, 26. Juni.

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Regierungserklärung in Verbindung mit mehreren Anträgen, die sich mit den Reichswehr- und Schulpolizei befassen, sowie mit der Auflösung der Reichstagen- und Reichstagenfraktionen.

Ministerpräsident Brüning gab der Entrüstung Ausdruck über die feige Mordtat, die einer der Besten zum Opfer gefallen ist. Der Schlag traf sie mit gleicher Wucht die Länder, namentlich Preußen, die auf Gehet und Verberch mit dem Reich verbunden sind. Woher wurde der politische Mordverbrechen in Deutschland nicht zur politischen Waffe. Den rechtsstehenden streifen sie dieses vorbehalten geblieben. Sider gehörte der Mordverbrechen einer weitverbreiteten Organisation an. Mitteilungs seien die, die ihre reichen Mittel dazu aufwendeten. Somit mußte der Kampf gegen die Verbrechen Altmohäre erst schaffen. Er rufe sich, die die Verräter unter armes Vaterland haben, auf die Regierung in diesem Kampfe zu unterstützen. Sie müsse zu Mitteln greifen, die sie lieber gemeinden willen möchte, und er lasse keine Zweifel auch den ausführenden Organen gegenüber, daß sich diese Maßnahmen lediglich gegen die rechtsstehenden Gruppen richten die den Mordverbrechen begünstigen. Nehner schloß mit dem Ruf: Kampf gegen alle Feinde der Republik.

Minister Cevering: Dieser Mord verdrößt unsern Reichstagen nicht die der Kampfbühnen. Schon schweben in Berlin die Reichstagen die überredenden preußischen die Hoffnungen hinsichtlich des Lebensversicherungsabkommens. Ein Hoffnungsabkommen an Athenau nicht mehr. Wir bedürfen ich seit dieses Lebensversicherungsabkommens, wenn wir das Reparationsabkommen halten und den Ausland überleben lassen. Die Brotverbrechen können nicht im Zweifel sein, daß alle Maßnahmen nur gegen rechtsstehenden Gruppen und die für den 28. Juni geplanten Aushebungen gegen den Friedensvertrag. Die Verordnung wird nicht auf dem Papier liegen bleiben. Ich werde nicht zum Kampf gegen die Rechtsstehenden, sondern vom Kampf gegen die Verbrechen, der sich mit parteipolitischen Gezeiten schmückt.

Hg. Salama (Soz.): Die Mordtat war ein Ausfluß der Judenbegeisterung und Geld der Mordverbrechen kommt aus den rechtsstehenden Gruppen. Nun wird ein neues Verbrechen für die bisher vollkommen verfallenden preußischen Reichstagen geschaffen. Das ist angeht die Leberknoten gegen sozialdemokratische Organisationen die höchste Zeit. Die Zustände in der Reichstagen erfüllen uns mit erneuter Sorge als den Reichswehrminister.

Die Schwarz-weiß-rote Reichswehrreform.

muss in Interesse der Reichswehr selbst befähigt werden. **Hg. Salama (Soz.):** Die Reichswehr (speziellere vernünftige und beschimpfende Reichstagen der Kommunisten). Wir haben noch vor wenigen Tagen bewiesen, daß wir eine gemeinsame Front des ganzen Volkes herbeiführen wollten. Wir stimmten mit dem Ministerpräsidenten überein über die Verwirklichung des Reichstagen. Die Ermordung dieses Mannes trifft unser Vaterland schwer, denn sie ist nicht nur eines in diesem Augenblicke besonders verdorbenen Reichstagen, sie ist geeignet, die schwersten Entscheidungen herbeizuführen. (Erneuter Rufen, aus dem die Worte: Jüdischer und Demagog hervorbrachten. Die Abgeordneten Meier, von und Weinmann) schloßen Erdnamensruhe.) Wir werden die Regierung gegen in allem Notwendigen unterstützen. Der Ministerpräsident hat festgestellt, daß er sich,

nicht gegen die politische Partei werde, sondern gegen die Mörder. Die Verordnung aber richtet sich nur gegen rechts.

Dabei weiß niemand ob die Täter nicht etwa Ausländer sind. (Erneuter Rufen, wobei die Abgeordneten Schulz, Raj und Scholten (komm.) weitere Erdnamensruhe erhalten. Präsident Weimer droht, von den Machtmitteln der Reichstagen Gebrauch zu machen.) Mit Gewalt kann Liebe zur Republik nicht erzeugt werden. (Höhen und Eisen links.)

Hg. Dr. Hoff (Zentr.): Hier den Mord sind nicht gegen die Stimmung erzeugten, aus der der Mord geboren ist. Wenn der Mord nicht hätte vorliegen können, daß sie die Folgen mit dem Staatsgerichtshof für Athenau, am nächsten Tage fielen die Schiffe. Jetzt kann sich nicht weitergehen. Die Minister der Republik sind frei freudlos.

Hg. Dr. Kalle (D. Rep.): Hier sind nicht Freunde von Ausschließungen aber nach diesem fürchterlichen Ereignis sind sie nicht wünschenswert in dieser schweren Zeit des Vaterlandes zusammenzusehen zu gemeinsamer Aufgabe der gegen unser Vaterland gerichteten Schläge. Wir billigen die Verordnungen, rechnen aber darauf, daß das Gesetz gleichmäßig gegen alle

angewendet wird, die sich gegen den Staat vergehen. (Zuruf: Warum fragen Sie nicht Republik?) Gegen den Staat der zufällig Republik ist. In dieser schweren Zeit muß der innere Streit zurückgegriffen werden, aus der Streit um die Staatsform. (Zuruf: Magister Monarchist!) Alle Freunde des Vaterlandes müssen sich jetzt zusammenstellen, damit wir herauskommen aus dem Lend, das diese Ausschließungsverordnung nötig gemacht hat.

Hg. D. H. (U.) polemisiert gegen den Staatsminister Weismann, der trotz der ihm zur Verfügung stehenden großen Mittel die Reichstagen nicht weitergehen will, und begründet, daß die Zufuhr der Verordnungen zur Durchführung versehen werde.

Hg. Weber-Dresdener (N.): Die Verordnungen Weismann als Führer der öffentlichen Ordnung ist geradezu ein Anreiz für die Gefährlichen zu Mordtaten.

Hg. Dr. Schreiber (Dem.): Der Mord ist aus der Atmosphäre entströmen, welche durch die rechtsstehenden die erzeugt ist. Wir haben nicht gegen eine Opposition, aber sie muß total im Jahr verfahren werden. Infolgedessen kann gegen jeden Verbrechen gegen die Republik, gleichgültig auf welcher Seite der Verbrechen steht.

Es wurde nunmehr ein Schlußantrag angenommen und die Vorzüge gemäß dem Vorschlag des Abgeordneten Weidig (D. Rep.) dem Reichstagen aus der Reichstagenminister, kleine Verlagen.

Die preußische Ausnahmeverordnung.

Der Minister des Innern Cevering erklärt zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik vom 26. Juni 1922 folgende Verordnung: Die Verordnung des Reichspräsidenten ist im Sinne der in der Verhandlung des Reichstages vom 25. Juni 1922 vom Reichsjustizminister namens der Reichsregierung abgegebenen Erklärung zu handhaben. Im einzelnen wird folgendes bestimmt:

1. Nach der Landeszentralbehörde sind zu Maßnahmen nach § 1 und § 9 der Verordnung die Oberpräsidenten für den Bezirk der Stadtgemeinde Groß-Berlin der Polizeipräsident zuständig.

2. Die Oberpräsidenten beim der Polizeipräsident in Berlin haben alle Entscheidungen zu treffen, die zu den rechtzeitigen Unterrichtung über Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen von Vereinen und Vereinigungen der in § 1 der Verordnung bezeichneten Art, sowie über gemäß § 9 der Verordnung ergebende Gerichtsbeschlüsse erforderlich ist.

3. Von jedem Verbot auf Grund des § 9 der Verordnung ist mit Angabe zu machen; soll von einem Verbot Abstand genommen werden, so bedarf es meiner Einwilligung.

4. Es ist darauf hinzuwirken, daß die Bestimmungen nach §§ 3 und 9 gleichzeitig in einem zweiten Stück dem Oberpräsidenten beim, dem Polizeipräsidenten in Berlin, gegen dessen Verbot sich die Verbotsrichter, eingereicht werden; Der Oberpräsident beim, der Polizeipräsident in Berlin hat die Verbotsrichter mit seiner Stellungnahme bescheidenlich an mich weiterzuleiten.

Deutscher Reichstag

Berlin, 26. Juni

Das Gesetz zur Verlängerung der Geltungsdauer des Wohnungsmangelgesetzes bis 31. März 1923 wird angenommen, ebenso wird die Abänderung für Schlichterangelegenheiten bis 1. Januar 1923 verlängert.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs:

Verlängerung der Sachstimmordnung.

Darnach werden die obersten Landesbehörden ermächtigt, acht Einigungsämter zu errichten. Der Entwurf beruht auf einer Vereinbarung der Regierung mit Interessentverbänden. Der demokratische Antrag, die Brenne auf 7½ Zehntel herabzusetzen, wird zurückgezogen, vom Abg. Wilmelmeister wieder aufgenommen und dann gegen die Stimmen der Reichstagen und einzelner Reichstagenabgeordneten und der Bayerischen Volkspartei abgelehnt.

Vom Abg. Gildemeister (D. Rep.) wird der Antrag wieder aufgenommen, daß die Vereinbarung von Schiedsgerichten zulässig sein soll. Ueber diesen Antrag wird eine Entscheidung erfolgt. Der Antrag wird mit 126 Stimmen angenommen, 16 der Stimmen sind der Demokratie zugehört.

Einige des Ministers Dr. Rathenau im Reichstag vor sich gehen soll, vertritt sich das Haus. Der Präsident erhält die Ermächtigung, die nächste Sitzung und ihre Tagesordnung festzusetzen.

In der Abendung des Reichstages, die für 8 Uhr einberufen war, wurde das deutsch-polnische Abkommen über die Verhängung der Strafen der zu Gefängnis Verurteilten angenommen.

Politische Rundschau

Rathenaus letzte politische Tat.

Ein Appell an America.

Der Sonderberichterstatter der Heereszeitungen und Heereszeitungen, Hermann Beirenius, stellt der Post Berlin, was letzte Unterredung zwischen dem Reichsminister Dr. Rathenau vor seinem Tode einem ausländischen Pressevertreter gewährt hat, und dessen Text Rathenau nach am Abend vor der Tat residierte.

Auf die Frage des amerikanischen Journalisten, was für den Wieder Aufbau Europas geschehen müsse, erklärte ihm Dr. Rathenau:

„Es ist in erster Linie notwendig, die öffentliche Meinung, die in den letzten Jahren in der Welt entstanden ist, zu demobilisieren. Bis hier hat diese demobilisation noch nicht eingesetzt. Die öffentlichen Mägen und die Vereinigten Staaten haben bisher nur eine der beiden Parteien gehört, das ist kein gerechtes Verhältnismäßig. Bis hier ist unsere Seite nicht mit Worten gekommen. Was bisher von uns gesagt wurde, wurde von unseren Gegnern ausgeführt wurde, wurde sofort als Propaganda gebrauchtem. Wenn in irgend einer ausländischen Zeitung Tatsachen angeführt wurden, in denen unsere Lage dargelegt wurde, erklärten gleich Hunderte andere ausländische Zeitungen diese Feststellungen als von deutschen Propagandisten inspirierte Unwahreit.“

Dr. Rathenau wies dann auf die Bedeutung der Veröffentlichung der Aktensätze des Auswärtigen Amtes über die Verantwortlichkeit des Weltkrieges hin, und begründete, daß diese Aktensätze den Vereinten Staaten folgen werde. Dann fuhr er fort:

„Die Vereinigten Staaten werden am Wieder Aufbau der Welt teilnehmen müssen. Sie werden doch nicht einreden, daß es unmöglich ist, Europas Not zu übersehen. Ich kann verstehen, daß die Vereinigten Staaten eine Abneigung gegen Europa empfinden europäische sind, aber trotzdem werden sie entgegen, daß sie ihre indifferente Haltung nicht weiter fortsetzen können. Die Vereinigten Staaten haben den Ausgang des Krieges und den Frieden mitbestimmt, daher tragen sie auch die Verantwortung für die Folgen des Friedens. Die Vereinigten Staaten haben zwar den Frieden von Versailles nicht ratifiziert, aber ich habe in deutsch-amerikanischen Verträge ausdrücklich ausgedrückt, daß die Vorteile, die irgendwelchen Lande aus diesem Frieden erwachsen, auch ihnen zufließen. Damit haben sie den Inhalt des Friedens anerkannt.“

Europas Lage ist heute viel ungünstiger als vor dem Kriege. Damals war nur die Gefahr der Verschlingung ein wunder Punkt, aber jetzt hat sich der Weltkrieg nicht als zahllose wunder Punkte dieser Art. Das erste Gebot einer Welt-

sehr zur Vernunft war die Beratung des Morgan-Komitees in Paris. Dabei wurde festgestellt, daß die Reparationsmaßnahmen des Verfallers Beirates revidiert werden müssen, damit sie den Tatsachen und nicht irgendwelchen Theorien entsprechen. Finanzleute verließen solche Fragen besser als irgendwer sonst. Ohne ihre Hilfe kann die Welt nicht wieder in Ordnung gebracht werden. Und doch ist dies nötig, denn angesichts der Arbeitslosigkeit und der Verhältnisse in Europa, die getrübt wird, bietet die Welt den Anblick von Wölfen, die sich gegenseitig an der Gurgel halten. Hier kann nichts erreicht werden, bevor die Basislinie nicht abgebaut sind, die in der Kriegsatmosphäre entstanden, damit der Wiederaufbau vorzuehe.“

Das Werden der englischen Industrie.

Wir erfahren von wirtschaftspolitischen Seite, daß zwischen der deutschen Sachstimmordnung und der englischen Sachstimmordnung eine Arbeitsgemeinschaft geplant war, die dahin ginge, daß vor allem die deutsche Sachstimmordnung ihre Methoden und ihre Geheimnisse der englischen Sachstimmordnung gegen hohe Bezahlung öffnen sollte. Es hat sich jedoch inzwischen herausgestellt, daß die deutsche Sachstimmordnung unklar wäre, auf das verlockende Angebot der Engländer einzugehen, da die englische Sachstimmordnung von einer Seite, sogar von dem Statthalter eine Erklärung die verbundene Einfuhr deutscher Sachstoffe nach England infolge dessen in kurzer Zeit aufgehoben werden könnte.

Aus Stadt und Umgebung

Die Sitzung der Stadtverordneten.

Dem Gedächtnis Rathenaus. — Das Ainderfest findet nicht statt.

Durch den heute mittig 12 Uhr begonnenen halbtägigen Proteststreik sind vier getragene, den Bericht über die getrigte Sitzung in gebräuchlicher Form wiederzugeben.

Anfangs glaubte man, daß die Sitzung ein frühzeitiges Ende nehmen würde, obwohl die Tagesordnung sehr gewichtige Punkte aufwies. Später aber, als dem Vorschlag eines Tages abgesehen wurde, bestanden das Programm noch recht. Lieber den Tod der Armenverwaltung sprach man allein eine volle Stunde. Herr Roenen, der gewiß nur aus gewissen Motiven handelte, wollte die Klarheit des Stats nicht einsehen und wählte die Gelegenheit über das Gehaltsverhältnis der Stadträte eine Entscheidung herbeiführen. Die Magistrate forderte eine Erhöhung der Magistrate mit Wähler folgen und als schließlich das Verhandnis dämmerte, da wies Herr Roenen dem Magistrat eine „lange Weitung“ vor. Natürlich nicht mit diesen Worten. Vorher behaupteten lebhaftes Interesse die Wähler für die Stadträte. Die Magistrate wurde eine Erhöhung eine Umänderung, als Familien unter 10 000 Mark Einkommen keine Mieterhöhung zu zahlen brauchen. Sonst ging alles glatt durch ohne jeden Zwischenfall.

Kurz nach 6 Uhr eröffnete Stadtr. Bork. In seiner Sitzung mit einem Rufen für den ermordeten Minister Rathenau. Die Versammlung und die Jünger erhoben sich sofort und hielten lebend die Gedächtnisworte an. Rathenau teilte der Versammlung über die Verlängerung des Ainderfests dem Magistrat bekannt, daß unter diesen Umständen er es für angeeignet halte, das Ainderfest nicht zu feiern.

In diesem Jahre findet das Ainderfest nicht statt.

Zu Mitgliedern für den Schulausbau für die Mittelschule wurde gewählt die Stadtr. Erled. Dr. Hellmann und Wolff und die Bürger Slim, Krebs und Frau Kauf. Zu Schiedsmännern für den 1. und 2. Bezirk die Bürger Herr Brende und Wolff, in der Stadtdeputation wurde Herr Otto Böhm gewählt. Dem Magistrat wurde die Entschlossenheit der Stadträte über die Verlängerung des Ainderfests im Jahre 1916 erteilt. Die Erhebung des Beitrags und Eintrittsgeldes für das Ainderfest und Ainderfest wurde in der vom Magistrat vorgelegten Höhe bewilligt. Ebenso wurde die Erhebung für den Ainderfest im Jahre 1922 betreffend Erhebung im Verwaltungsbereich und die Veränderung der Wohnungssteuererhöhung wurden debattolos genehmigt. Als es sich um die Erhebung der Mieten in den Häusern Miet- und Wohnhäuser handelte, ging es lebhaft zu. Ein Antrag von 20 (D. Rep.), bei Familien unter 10 000 Mark Einkommen in den in Frage kommenden Barackenwohnungen von einer Erhebung abzusehen, wurde als Zusatz zum Magistratsantrag angenommen. Die Mieten für die Barackenwohnungen auf Erhebung abgelehnt wurden. In den vom Magistrat vorgeschlagenen Höhe festgesetzt. Der Straßenreinigung in der Dammtorstraße stimmte die Versammlung zu. Bei dem Punkte: Aufhebung einer Zentralküchenanlage im Wasserwerk Rosen, verlangte Stadtr. Nahl, daß man hier zur Verwirklichung der Zentralküchenanlage einen Vertrag abschließe. Doch infolge der überaus schlechten Finanzverhältnisse muß man sich mit dem vorgeschlagenen Vorhaben begnügen. Hier erfolgte die Feststellung der Haushaltspläne in ihrer Stellung. Der Etat des Innenamtes im Plan des Jahres 1922 wurde als Voranschlag für 1922 genehmigt. Die Angaben im Plan, nur Stadt, Roenen (komm.) und damit seiner Fraktion nicht. Die Haushaltspläne wurden angenommen. Die Kommunalen stimmen nur für 2 Fälle. Um 10 Uhr war die öffentliche Sitzung beendet.

Wetterbetrachtungen.

Wann Auge wird heute besorgt zum Himmel emporgeschaut haben, ob Jupiter pluviosus seine Schellen öffnet. Er tut's und das ist sehr schlimm, denn nach alten Überlieferungen regnet es ununterbrochen die ganzen folgenden sieben Wochen hindurch, wenn's am heutigen Tage, um die Wende der heiligen sieben Schläfer, regnet. Der alte Herr durch durch Zeichen und Zeichen, der alten Überlieferungen, unsere lächerlichen Wetterpropheten halten aber an ihm fest. Eine alte Legende liest den Namen Siebenhülfen zugrunde: Unter Kaiser Decius (251 n. Chr.) bestanden sich sieben Kaiserliche Trabanten, die heimlich zum Christentum übertraten und so dem Kaiser zu Schaden wurden. Die sieben Pfaffen des Kaisers, die höhe wurde aber entdeckt und der grausame Herrscher ließ den Eingang zumauern. Die sieben Märtyrer starben aber nicht, sondern versanken nur in einen tiefen Schlaf, aus dem sie erst im Jahre 445 unter Kaiser Theodosius II. erstanden, als das Christentum bereits zur Staatsreligion erhoben war. Sie wurden befreit, erzählten vor dem Kaiser und dem Bischof von Ephesus das Wunder und starben dann. Später wurden sie von der Kirche heilig gesprochen und ihnen der 27. Juni geweiht. Nach einer anderen Besart sollen die sieben Märtyrer nur sieben Jahre gelitten haben. Jedenfalls gibt die Legende Anlaß, daß wir mit einem Menschen, der früh nicht gern aus dem Betteln will, mit dem Namen Siebenhülfen bezeichnen. Auch Tiere die sich einen langen Winter schlafen lassen, haben diesen Namen erhalten. Dahin gehört zuerst der eigentliche gemeine Siebenhülfen, der in Ungarn, Schweden, vereinzelt auch in Bayern, Baden und Schlesien zu Hause ist. Für dieses Tier gilt der Name Sieben-

Der Sohn des Millionärs.

Roman von Florence Warde.

Mein Leben

„Viel Abridgegen wurde die Sache.
„Man kann sich auf sein Mädchen verlassen.“ sagte sie zweifelnd.

„Wie meinen Sie das?“ fragte Frau Hermann mit einiger Schärfe. Die Zweifel der Komtesse in die Zuverlässigkeit der Maßnahmen ihrer Bundesgenossen trübten die Amerikanerin tief.

„Ich habe natürlich keine besondere Veranlassung für meine Bemerkung gehabt.“ sagte die Komtesse lächelnd. „Wenn Sie von der Zuverlässigkeit Ihrer Jose überzeugt sind, so bin ich natürlich beruhigt.“

„Was bedeuten Sie gütigst zu tun?“

„Ich habe vor, Ihrem Bruder gütigst — noch heute abend — das Verprechen abzunehmen, mich morgen wieder nach Monte Carlo zu begleiten. Er kann sich dem nicht entziehen — und namentlich nach dem, was heute abend vorgefallen ist, wird er es nicht wagen, mich durch diese abschließliche Antwort zu belästigen. Es wäre sehr gut, wenn Sie die Beerdigung bis dahin von ihm fernhalten könnten — ich meine, bis wir nach Monte Carlo gefahren sind. Können Sie Ihre Schwester nicht veranlassen, das Bündnis morgen früh bei sich festzusetzen?“

„Soll ich ihr etwas von — von der Zeremonie sagen?“ fragte Mabel, die das Wort „Heirat“ nicht über die Lippen brachte.

„Ich würde es nicht tun.“ lautete die Antwort. „Sagen Sie ihr doch, daß Sie ein Zusammenreffen der beiden nach den Sitten des heutigen Abends gern vermeiden würden. Ich denke, das wird Ihren Schwefel einleuchten, und Grund genug für sie sein, Ihren Wünschen zu folgen.“

Mabel sagte es ihr zu, und die beiden Frauen, deren jeder ihren Plan gleich lebhaft ein glückliches Gelingen wünschte, lehrten rasch in die Salons zurück.

Die Ereignisse gestalteten sich sehr günstig für sie. Eberhard war über hertas Vermählung sehr beunruhigt gewesen, und er hatte in allen Zimmern nach ihr gesucht.

Die Erklärung der Komtesse, daß herta sich zur Ruhe begeben habe, weil sie eine neue Scene zwischen ihm und herta de Maccourt fürchtete und weil sie außerdem noch heftigen Kopfschmerzen erlag, machte, nahm er ohne Unglauben auf, so ungern er sich dann zurückgab.

Mabel instruierte in der Zwischzeit Cécile, die sie wie immer willig fand, ihre Befehle auszuführen. Die Jose wußte so viel, daß Frau Hermann sich keine sonderliche Mühe zu geben brauchte, so über die Beweggründe des Auftrages zu täuschen. Und die kleine Französin verächtete ihr, daß Eberhard an diesem Abend keine Gelegenheit mehr finden würde, ungeführt mit Fräulein Beuendorf zu sprechen.

Dann kehrte Mabel in die Salons zurück und verabschiedete sich von den Gästen, deren Mehrzahl sich zum Kufurück rüstete. Erst unter den Letzten befand sich Herr de Maccourt; und es hatte Mühe genug gefost, ihn von Eberhard fernzuhalten. Mabel atmete erleichtert auf, als er endlich gegangen war.

Sobald die Familie sich unter sich befand, führte Mabel scheinbar unablässig eine Erwählung des Auszuges nach Monte Carlo herbei. Und die Komtesse erklärte sofort, daß sie den Wunsch hätte, das Kasino schon morgen wieder zu besuchen.

„Wenden Sie zu sehr ermüdet sein.“ warnte sie sich an Eberhard, „um schon sehr früh aufzubrechen? — Es läge mir recht viel daran. Denn ich möchte Einkäufe machen, ehe wir in das Kasino gehen, und ich will andererseits nicht, daß wir wieder so spät zurückkommen.“

„Ich stehe ganz zu Ihrer Verfügung, Komtesse.“ erwiderte er, aber es schien nicht, als bereitete ihm der Plan sonderliches Vergnügen.

Er ahnte nichts davon, daß die Komtesse sich mit Mabel vereinigt hatte, gegen sein Glück zu wirken. Und doch war er von einem unerklärlichen Unbehagen erfüllt, das durch die Unmöglichkeit, herta noch zu sprechen, sehr gesteigert wurde.

Den Freiherren, der seit der Scene zwischen seinem Sohn und herta de Maccourt verstimmt und Unbillig war, schonte der Plan dieser neuerlichen Fahrt ins Paradies der Spieler nicht aus, und er sah bestrebt auf die Komtesse und seinen Sohn. Er war überzeugt davon, daß gerade die heutigen Geschehnisse Eberhard Veranlassung geben würden, sein Auserkennnis mit herta Mbringen nicht zum zweiten Male ungenützt zu lassen, und er erwartete, sie nur als Brautleute beimehren zu sehen.

Die Einzelheiten wurden verabredet — und es war eine sehr frühe Stunde, für die sich die Komtesse entschieden, ohne daß Eberhard Einspruch dagegen erheben konnte.

Durch Brigitte ließ Magdalena, mit der Mabel noch am Abend gesprochen hatte, herta am nächsten Morgen sagen, daß sie sich nicht wohl genug fühle, ihr Zimmer zu verlassen, und daß sie sie bäte, bei ihr zu frühkünden. Wirtlich sah die Leidende sehr angegriffen aus; die Sorgen, die sie zu tragen hatte, blieben nicht ohne Einfluß auf ihren Gesundheitszustand. Auf hertas besorgte Fragen aber hatte sie doch nur ausweichende und verlegene Antworten.

Das Fröhlich zog sich lange hin, und so ungeduldig herta eine Gelegenheit herbeisehte, mit Eberhard zu sprechen, konnte sie sich doch nicht entfemen. Bis sie sich endlich hinunterbegeben konnte, war es nur, um zu erfahren, daß ihr Gatte bereits mit der Komtesse nach Monte Carlo aufgebrochen war.

So sicher fühlte sie, daß sich hinter diesem frühen Aufbruch, hinter dieser Fahrt, die ihr bis zum letzten Augenblick verborgen geblieben war, ein Plan verbarg, der ihren Frieden und ihr Glück bedrohte, daß sie die Mitteilung nicht wie etwas Gleichgültiges schweigend hinnehmen konnte. Sie kehrte unverzüglich in Magdalenas Zimmer zurück, und sie fragte sie geradezu, ob sie etwas von dem Arrangement gewußt habe. Magda war nicht allein. Sie hatte mit Mabel gesprochen, und ihr plötzliches Verstummen bei hertas Eintritt zeugte hinlänglich dafür, wozu die Rede gewesen war. Jetzt sagte sie:

„Ja. Der Ausflug wurde erst gestern abend geplant, glaube ich. — Und ich habe einen Ausflug auch für Sie geplant, herta. Ich sagte Ihnen ja schon, daß Sie ein paar Wochen für Ihre Erholung haben müßten. Und es ist das beste, wenn Sie heute fahren. Brigitte und ich werden Ihnen beim Packen Ihrer Sachen helfen.“

„Heute!“ schrie herta unwillkürlich auf. „Sie war leidenschaftlich geworden. „Ohne —“

„Ohne mich von Eberhard zu verabschieden!“ hatte sie sagen wollen. Aber noch zu rechter Zeit wurde sie des falschen, lauernden Blickes inne, den Frau Mabel hernach zu ihr gekehrt hatte, und sie brach kurz ab.

(Fortsetzung folgt.)

Öffentliche Mahnung.

Die am 1. Juni dieses Jahres fällig gewordene III. Rate für das Reichsnotopfer sind, soweit sie nicht über diesen Zeitpunkt hinaus geschuldet sind, nunmehr nicht bei dem nachstehenden Tarif öffentlich Mahnbefahren spätestens bis zum 15. Juni d. J. an die Finanzkasse in Merseburg zu entrichten. Von folgendem Tage ab werden die Rückstände im Wege der Zwangs Vollstreckung eingelesen werden.

Eine Behändigung von Mahnzetteln findet nicht statt. Bei Zahlung auf bankgeloßten Wege oder durch die Post muß der Betrag spätestens an dem oben genannten Tage der Kasse postfrei zugeführt sein. Die Ueberweisung muß daher in der Regel spätestens 2 Tage vorher erfolgen.

Für alle bis zur Bekanntmachung dieser öffentlichen Mahnung noch nicht geschuldeten Steuerbeiträge ist, sofern die Steuer nicht geltend gemacht, eine Mahnbefahrung zu entrichten. Die Mahnbefahrung beträgt bei Steuerbeiträgen:

bis 50 Mark	0,50 Mark
von mehr als 50 Mark bis 200 „	0,40 „
" " 500 „	0,60 „
" " 1000 „	0,80 „

Für jede weiteren angefallenen oder vollen 1000 Mark je 0,60 Mark Merseburg, den 23. Juni 1922.

Finanzkasse Merseburg.

Büro

Park-Café.

Morgen Mittwoch, von 5-11 Uhr:
Künstler-Musik.

Stadtheater Halle.

Dienstag, abds. 7.30 Uhr:
Fuhrmann
Mittwoch, abds. 7.30 Uhr:
Rigoletto.
Donnerstag, abds. 7.30 Uhr:
La Traviata.
Freitag, abds. 7.30 Uhr:
Fritz Friedrich
von Homburg.
Sonntag, abds. 7.30 Uhr:
Das
Dreimäderhaus.
Montag, abds. 7.30 Uhr:
Der
Krausmann.
Dienstag, abds. 7.30 Uhr:
Der
Zigeunerbaron.

Leinkunst-öhne
Tel. 392
Angebot
Sonntag nachmittags 3 und abends 8 Uhr
Unsers
jede weitere Tag Programmwechsel.

Für die
Reise!
Bauer-
Wäsche!
Marke „Waldpferd“
das Praktischste.

Mar Käber,
Merseburg,
Schmale Straße 21.

Ich
möbl. Zimmer
möbl. Zimmer
möbl. Zimmer
möbl. Zimmer

Hilfsbote
mit guter Handchrift und Ortskenntnissen für sofort gesucht.
Zu erfragen in der Exped. d. B.

Am 24. Juni verschied der vormalige Generalspektrator der Sozialist

Johannes Herbers.

Der Entschlafene hat seine ganze Lebensarbeit dem öffentlichen Feuerversicherungswesen gewidmet und nahezu 28 Jahre lang in verantwortlicher Stellung im Dienste der Sozialist gestanden. Er hat durch sein reiches Wissen und Können und durch die vorbildlich pflichttreue Wahrnehmung seines Amtes viel zum Wachstum und zur Blüte der Anstalt beigetragen. Sein Andenken wird in Ehren unter uns fortleben.

Merseburg, den 26. Juni 1922

Der Generaldirektor und die Beamten der Städte-Feuer-Sozialist der Provinz Sachsen

Betrifft: Reichsmietengesetz.

Nach § 1 des Reichsmietengesetzes, das am 1. Juni 1922 in Kraft tritt, kann sowohl der Vermieter wie der Mieter eines Gebäudes oder Gebäudeteils jederzeit beim anderen Vertragsparteie gegenüber erklären, daß die Höhe des Mietzins nach der Vorschrift dieses Gesetzes berechnet werden soll. Diese Erklärung, die schriftlich erfolgen muß, hat die Wirkung, daß die sogenannte „gesetzliche Miete“ von dem ersten Termin ab, für den die Kündigung nach § 565 BGB zulässig sein würde, an die Stelle des vereinbarten Mietzins tritt.

Nach § 565 BGB ist die Wirksamkeit der Kündigung von dem Zeitpunkt abhängig, nach dem der Mietzins berechnet ist. Ist der Mietzins nach § 565 BGB berechnet, so ist die Kündigung auf jedem Tag für den folgenden Tag zulässig; in der Kündigung nach Wochen der Termin, so ist die Kündigung nur für den Schluss einer Kalenderwoche zulässig, in der Kündigung nach Monaten der Termin, so ist die Kündigung nur für den Schluss eines Kalendermonats zulässig, in der Kündigung nach Jahren der Termin, so ist die Kündigung nur für den Schluss eines Kalenderjahres zulässig, und zwar hat die Erklärung im dritten Verlage des Mietjahres zu erfolgen. Vermieter und Mieter sind also nach dem 30. Juni 1922 ohne Rücksicht darauf, ob und für welchen Zeitraum der Mietvertrag noch läuft, in der Lage, ohne Witterung des Mietzinsbeweises von dem nächsten Termin ab, für den die Kündigung nach § 565 BGB zulässig sein würde — in den meisten Fällen also vom 1. August 1922 bezw. vom 1. Oktober 1922 ab — die „gesetzliche Miete“ in Wirksamkeit treten zu lassen.

Was hat nun der Vermieter bezw. Mieter zu tun, um sobald als möglich zu der neuen gesetzlichen Miete zu gelangen?
Der Mieter muß die Vermieter seinem Mieter — bezw. der Vermieter seinem Vermieter — spätestens vom 1. bis 4. Juni d. J. schriftlich mitteilen, daß er die gesetzliche Miete will. Der schriftlichen Mitteilung muß eine Aufkündigung folgen, was nun die gesetzliche Miete ist. Die Erklärung der gesetzlichen Miete ist dann dem Vermieter bezw. dem Mieter ein möglich, wenn er die Kündigung teilt, die erst in der nächsten Wochen von dem oben angeführten Tag bei Gemeinden über 2000 Einwohner) bezw. dem Kreisaußengesicht ist; die Gemeinden unter 2000 Einwohner) beigefügt werden.

Merseburg, den 27. Juni 1922.

Kreiswohnungsamt,
J. A. Rürken.

!!! Sommerprossen!!! verschwinden!
Auf welche einfache Weise teilt Lebensgenossen annehmlich mit Frau Elisabeth Krusch,
Dammstadt 232, Salzfisch 235.

Gründer: Merseburg
auf d. a. u. f. l. B.
sichre gratis
Parent-Jna Edel,
Orestian, Polenerstr. 65.

Hoch preiswert:
Seidene Bänder
für Haarreifen und Kleider
in vielen modernen Farben, allen Breiten und guten Qualitäten.
A. Hendel, Merseburg,
Strabe 29

Morgen, Mittwoch, den 28. d. Monats,
vormittags 10 Uhr,
im Gasthaus „Zur Zunderhölz“ hier,
aus bestem Nachlass
von Möbeln, Haus-
haltungsgegenständen, gerätheten u. sonstigen
Ausstattungsgegenständen. (Streu auswärtsiges
Futtermal vom 24. d. Monats)
Albert Franke, berid. Auktionator.

Vereinunteruchungen!
Kommen Sie zur Untersuchung und bringen Sie eine Flasche Ihres
Morgenurins
mit und ich sage, was und wo es Ihnen fehlt und wie Sie durch
Homöopathie und Naturheilkunde
wieder gesund werden können.
Sprechstunde in Halle, im Hotel „Stadt Leipzig“,
jeden Donnerstag, vormittags von 9-12 und
nachmittags von 2-7 Uhr.
Paul Bohn, Heilkundiger.

Sämtliche Heilkräuter:
wie Lindenblätter, Kamillen,
weiße Nesselblätter, Holunderblätter usw.
kann frisch und trocken jedes Quantum
Gottfr. Drogerie.

Obverpachtung.
Die diesjährige Obligation der Gemeinde Bökendorf soll,
Sonnabend den 1. Juli
nachmittags 4 Uhr im
Gasthaus öffentlich ver-
pachtet werden.
Der Gemeindevorsteher

Hartobst-Verpachtung.
Die Hartobstverpachtung der Gemeinde Craban soll am
Freitag, den 30. Juni
nachmittags 3 Uhr
in „Hendlers Gasthof“
offenbietend gegen Ver-
steigerung verpachtet werden.
Bedingungen werden
im Termin bekannt ge-
geben.
Craban, d. 26. Juni 1922
Der
Gemeindevorsteher

Geld gibt Geld schnell!
diskret u. bar bis 3 Jahren
Kautionszahlung
Westsachsen, Gerlin
No. 281, Winterberitzstr. 3
Geat. 1900.

Grundstücke
jeder Art. Wäsen, Land-
häuser, Hotels, Admi-
nistrativgebäude, etc. etc. etc.
zahlungsfähig.
H. V. Advokatskanzlei
Berlin N. 24.

